Nummer 101 — Halle, Donnerstag, den 1. Mai 1924. — 59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ✦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonal-Zeilen berechnet, die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Str. Beaubaustraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Das Gutachten der Sachverständigen.

Von Dr. Gustav Stresemann, Reichsminister des Auswärtigen.

Der Wahlkampf in Deutschland spitzt sich immer mehr auf die Entscheidung darüber zu, ob es im deutschen Interesse läge, das Sachverständigengutachten anzunehmen oder abzulehnen. Die Leidenschaftlichkeit, mit der man bereits darüber debattiert hat, ob der Auszug, den die Reichsregierung veröffentlicht hat, die Gedanken des Sachverständigengutachtens richtig wiedergäbe, zeigt, wie vielen Kreisen überhaupt die Uebersicht darüber fehlt, welches die Hauptpunkte des Sachverständigengutachtens sind und wie sie vom deutschen Standpunkt aus zu bewerten sind. Als der Auszug erschien, den die deutsche Reichsregierung herausgab, war das gesamte Gutachten einschließlich der Anlagen noch nicht in unserem Besitz. Das ist inzwischen geschehen. Die einzelnen Ressorts haben zu den sie betreffenden Fragen Stellung genommen, und eine einheitliche Auffassung der in Betracht kommenden Stellen liegt dazu vor. Es scheint mir wünschenswert für eine objektive Beurteilung der Sachlage, wenn angesichts dieser Situation noch einmal klargelegt wird, welche Hauptfragen für unsere Entscheidung in Betracht kommen. Aus der Fülle der weniger wichtigen Einzelheiten müssen dabei die grundlegenden Vorschläge herausgeschält und geprüft werden. Bei einer unvoreingenommenen Prüfung wird man finden, daß sehr schweren Belastungen in finanzieller und nationalpolitischer Beziehung Vorteile und Erleichterungen im Vergleich zu der jetzigen, unhaltbaren Lage gegenüberstehen.

Die Lasten

liegen einmal auf finanziellem Gebiet. Der Zahlungsplan der Sachverständigen unterscheidet zwischen Zahlungen aus dem ordentlichen Budget und Zahlungen direkt aus der Wirtschaft, nämlich der Eisenbahn plus Verkehrssteuer und der Industrie. Für das Normaljahr, als welches das fünfte Jahr nach Annahme des Planes gilt, ist eine Jahreszahlung von 2,5 Milliarden Mark — je zur Hälfte auf Budget und Wirtschaft verteilt — vorgesehen. Für das 1. und 2. Jahr wird bezüglich des Budgets ein vollständiges Moratorium vorgeschlagen, während im 3. Jahr aus dem Budget 110 Millionen, im 4. Jahr 500 Millionen Goldmark aufgebracht werden sollen. Die Annuitäten von 1 und 1,2 Milliarden im 1. und 2. Jahre müssen dementsprechend zusammen aus der auswärtigen Anleihe und aus den direkten Leistungen der Wirtschaft (Eisenbahn und Industrie), die Annuitäten im 3. und 4. Jahre im Gesamtbetrage von 1,2 und 1,75 Milliarden Mark zum kleineren Teil aus dem Budget, zum größeren Teil aus der Wirtschaft aufgebracht werden. Für die späteren Jahre ist eine Erhöhung über 2,5 Milliarden Mark auf Grund eines bestimmten Wohlstandsindexes vorgesehen.

Können diese Zahlungen intern aufgebracht werden? Unmöglich, dies heute verantwortlich mit absoluter Gewißheit zu bejahen oder zu verneinen. Immerhin kann nicht verkannt werden, daß die Zweiteilung zwischen Wirtschaft und Budget nicht nur eine innere Begründung, sondern auch eine tatsächliche Bedeutung hat. Die der Eisenbahn auferlegten Summen plus Verkehrssteuer liegen nicht außerhalb des Möglichen, wenn man die von den deutschen Staatsbahnen früher erzielten Reingewinne zuzüglich der jetzt infolge der Geldentwertung weggefallenen Verzinsung des Anlagekapitals damit vergleicht, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß das Eisenbahnnetz jetzt kleiner ist, als 1914 — Die der Industrie auferlegte Belastung bewegt sich ungefähr in der Höhe, die der Industrie im Rahmen der Gesamtbelastung der Wirtschaft auch von dem Kabinett Cuno im Memorandum vom 7. Juni 1923 zugedacht war. Die Entlastung der Industrie durch die Entwertung ihrer Obligationsschulden ist ein Faktum, an dem man bei der Beurteilung dieser Belastung nicht vorübergehen kann. Andererseits sind die Sachverständigen bei der Belastung der Wirtschaft insofern hinter den Plänen des Kabinetts Cuno zurückgeblieben, als sie den städtischen Grundbesitz und die Landwirtschaft nicht zu den direkten Reparationslasten herangezogen haben; die Landwirtschaft mit der ausdrücklichen Begründung, daß man in einer Volkswirtschaft, die in ihrer Ernährung so auf die eigene landwirtschaftliche Erzeugung angewiesen ist wie die deutsche, die Landwirtschaft nicht so vorbelasten darf.

Was die 1,25 Milliarden Mark jährlich aus dem ordentlichen Haushalt anbelangt, so ist es natürlich schwer, in einer Periode, die so um den Ausgleich des Haushalts ohne jede äußere Belastung ringt wie die gegenwärtige, den Optimismus aufzubringen, daß über den Ausgleich hinaus noch eine solche große Summe herauswirtschaftet werden soll. Es bleibt die Frage offen, wie die im ordentlichen Haushalt entstehende Lücke ausgefüllt werden soll, ohne den Ausgleich wieder zu gefährden. Wir dürfen hierbei aber nicht nur die augenblicklichen schwierige Lage, sondern müssen auch die Tatsache ins Auge fassen, daß für den Haushalt im 1. und 2. Jahre ein völliges Moratorium und daran anschließend eine weitere zweijährige Schonzeit vorgesehen ist.

Die zweite Art der Belastung ist nicht so sehr materieller Art, aber gerade deshalb für das deutsche Volk in seiner tiefen nationalen Not vielleicht um so schwerer zu tragen, weil ihm nach all den Demütigungen neue schwere Einbußen an wirtschaftlicher Selbständigkeit und Würde zugemutet werden. — Der internationale Einfluß, der für die Reichsbahn und die Goldnotenbank verlangt wird, die vielfachen Kontrollen, stellen sich, wenn man die Bestimmungen darüber genau prüft, vielleicht in rein sachlicher Beziehung gar nicht so sehr als verhängnisvoll heraus, wie sie auf den ersten Blick scheinen mögen. Was sie so schwer erträglich macht, ist die Beschränkung der Freiheit, die dem deutschen Volk damit von neuem zugemutet wird. Diese Zumutungen müssen nüchtern und rein sachlich mit den Chancen verglichen werden, die das Gutachten bietet. Im einzelnen ist dazu folgendes zu sagen:

Die Reichsbahn

soll jetzt die Form einer Aktiengesellschaft erhalten. Das Aktienkapital von 2 Milliarden Mark Vorzugsaktien und 13 Milliarden Mark Stammaktien ist ganz in deutschen Händen; jedoch besteht insofern voraussichtlich eine Notwendigkeit zur Veräußerung von 500 Millionen Goldmark Vorzugsaktien, als sie für die Deckung der zweiten Annuität vorgesehen sind. 11 Milliarden Mark mit 5 Prozent verzinsliche und 1 Prozent zu tilgende Obligationen, deren Annuitätendienst, wie auch sonst üblich, vor den Aktien geht, sind für Reparationen bestimmt.

Der Generaldirektor ist deutsch. Staatsangehöriger. Der Verwaltungsrat von mindestens 18 Mitgliedern wird zur Hälfte von der Deutschen Regierung, zur Hälfte von dem für die Obligationen bestellten, fremdländischen Treuhänder bestellt. Der Präsident des Verwaltungsrats ist ein Deutscher. Daneben steht ein ausländischer Kommissar, dessen Rechte sich jedoch, solange der Annuitätendienst für die Obligationen gesichert ist, im wesentlichen auf die Information beschränken. Erst wenn die Obligationen notleidend werden, soll er das Recht haben, die Eisenbahn selbst in Betrieb zu nehmen, zu verpachten oder zu verkaufen. Eine internationale Ingerenz ist hier also in dreifacher Form vorgesehen, nämlich Teilnahme im Verwaltungsrat, ein Kommissar und ein Treuhänder für die Obligationen. Diese internationale Ingerenz muß vom deutschen Volke gerade bei der Eisenbahn als tiefgehend empfunden werden, weil es sich hier um ein Unternehmen handelt, das historisch mit dem Reichsgedanken und wirtschaftlich, sozialpolitisch und innerpolitisch mit allen Teilen Deutschlands aufs engste verknüpft ist. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß im Verwaltungsrat die deutsche Mehrheit gesichert ist ferner, daß die Tarifhoheit des Reiches grundsätzlich berücksichtigt ist. Endlich darf auch nicht übersehen werden, daß die Reichsbahn grundsätzlich schon im Artikel 248 des Vertrages von Versailles mit einer ersten Hypothek zugunsten der Reparationsgläubiger belastet war, daß es sich hier also nicht um die Uebernahme einer neuen Last, sondern nur um die Ausgestaltung des im B. v. V. schon bestellten Pfandrechtes handelt.

Die Goldnotenbank

soll von einem Direktorium geleitet werden, dessen Präsident und Mitglieder alle deutsche Staatsangehörige sind und von dem Reichspräsidenten bestätigt werden müssen. Daneben steht ein ausländischer Kommissar und ein Generalrat von vierzehn Mitgliedern, von denen die Hälfte aus Deutschen, die andere Hälfte aus Ausländern (ein Engländer, Franzose, Italiener, Belgier, Amerikaner, Holländer und Schweizer) bestehen soll. Für diese starke Einflußnahme des ausländischen Elementes auf die Goldnotenbank fehlt eigentlich jede innere Begründung, da eine eigentliche ausländische finanzielle Hilfe oder Kreditgewährung für die Goldnotenbank nicht in Aussicht genommen ist. Andererseits darf festgestellt werden, daß den ausländischen Organen war ein weitgehendes Informationsrecht, dem Kommissar besonders hinsichtlich der vorgeschriebenen Notendeckung, ansteht, daß sie aber einen selbständigen Einfluß auf die eigentliche Leitung der Währungsbank nicht in Anspruch nehmen können. Außerdem ist durch die Vorschriften über die Mehrheitsabstimmungen im Generalrat sichergestellt, daß die deutsche Hälfte nicht majorisiert werden kann. Die Aufgabe des Kommissars besteht im wesentlichen darin, international sicher zu stellen, daß die für die Sicherheit der Banknoten maßgebenden Vorschriften eingehalten werden. So peinlich diese internationale Mitarbeit ist, so kann in ihr andererseits insofern ein materieller Vorteil liegen, als das Vertrauen der internationalen Geschäftswelt zu der neuen deutschen Währung, die das Auslandszahlungsmittel für die deutsche Wirtschaft werden muß, so vielleicht schneller wieder hergestellt wird. Es muß aber auch erwähnt werden, daß das Sachverständigengutachten in seiner endgültigen Form, dank der eingehenden deutschen Aufklärungsarbeit, wesentliche Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Projekt zeigt. Während zuerst die Liquidierung der Reichsbank und Errichtung einer völlig neuen Notenbank beabsichtigt war, ist jetzt die Möglichkeit vorgesehen, daß die Reichsbank bestehen bleibt und daß die Goldnotenbank auf der alten Reichsbankorganisation aufgebaut wird.

Neben diesen beiden Kommissaren für die Reichsbahn und die Goldnotenbank steht noch — wenn nötig — ein Kommissar für die Industrieobligationen, ferner ein Kommissar für die mit Beschlag belegten Zölle und Verbrauchsabgaben. Das Recht dieses Kommissars beschränkt sich, solange die von dem Haushalt aufzubringenden Summen eingehalten werden, darauf, sich zu informieren und den richtigen Eingang und die richtige Ablieferung der mit Beschlag belegten Summen an die Reparationskasse zu kontrollieren, ohne sich jedoch in die Einzelheiten der Erhebung einzumischen. Es ist ausdrücklich gesagt, daß er sich jeder Einmischung in deutsche Tarifpolitik enthalten soll. Erst wenn die Zölle und Verbrauchsabgaben die vorgeliehenen Beträge nicht erbringen, stehen ihm weitergehende Rechte zu, deren Umfang in dem Gutachten allerdings nicht klar umschrieben ist. Auf jeden Fall beschränken sich seine Befugnisse aber auf die besonders mit Beschlag belegten Einnahmen; auf das übrige Budget steht ihm keinerlei Einfluß zu. Diese vier Kommissare sollen mit dem Agenten für die Reparationskasse zusammen einen Arbeitsausschuß bilden. Die Kosten dieser Kontrolle werden aus den Annuitäten bestritten, belasten also nicht Deutschland, sondern die Alliierten. Dazu kommt noch außer dem schon erwähnten Treuhänder für die Reichsbahn ein Treuhänder für die Industrieobligationen.

Aus der Wahlbewegung.

Kommunistisch-politische Balgerei in Bremen.

Am Schlusse einer politischen Versammlung in Bremen, die fortgesetzt von Kommunisten gestört wurde, kam es zu einem Handgemenge, in das auch die Polizei eingreifen mußte. Mit Gummiknüppeln und Kolbenstößen wurden die Ruhestörer aus dem Saal getrieben. Auf der Straße dauerten die Ansammlungen noch an, doch ist es zu weiteren Ausschreitungen nicht gekommen.

Beschlagnahme kommunistischer Wahlplakate.

Die Leipziger Polizei beschlagnahmte am Sonnabend in den Räumen des Leipziger kommunistischen Wahlbureaus etwa 200 Wahlplakate, die eine Verhöhnung des Reichspräsidenten Ebert und des Reichskanzlers Dr. Marx enthalten. Im ganzen waren etwa 3000 derartige Plakate angefertigt und zum größten Teil bereits zur Ausgabe gelangt.

Deutschnationale und Katholizismus.

Bischof Dr. von Kettler in Rottenburg hat dem bisherigen deutschnationalen Abgeordneten Dr. Fürst, der katholischer Priester und in seinem Amtsberuf katholischer Lehrer am Gymnasium in Ravensburg ist, die Wiederaufnahme seiner Kandidatur für die am 4. Mai stattfindende Landtagswahl in Württemberg untersagt. Die Deutschnationale Partei in Württemberg erklärt dazu, daß sie sich trotzdem nicht veranlaßt sehe, die Kandidatur Fürst zurückzuziehen.

Wie die Franzosen uns brandschatzen.

Nach den Angaben der amtlichen vierten Denkschrift über die Besatzungskosten sind im altbesetzten Gebiet in 47 Orten 250 Hektar Gelände für Sportzwecke von den Franzosen beschlagnahmt. Die Unterhaltung dieser Plätze hat Deutschland im Jahre 1923 über 200 000 Goldmark gekostet. Eine besonders dreiste weitere Forderung berichtet die Frankfurter Zeitung aus Wiesbaden. Die französische Rheinarmee fordert die Instandsetzung eines Gutshofes von 150 Quadratmeter Fläche im Vororte Erbenheim. Man nahm an, daß diese Arbeiten für militärische Zwecke notwendig seien. Die Kosten betrugen 3200 Goldmark. Nach Beendigung der Arbeiten wurde der Stall in diesem Hofe zur Unterbringung von Rennpferden verwendet, die in den französischen Rennen auf der Erbenheimer Bahn laufen sollen. Hier handelt es sich also um eine rein private Veranstaltung, eines aus französischen Offizieren bestehenden Rennkomitees, das sich die Belebung des französischen Rennsports im besetzten Gebiete zum Ziel gesetzt hat und die Kosten sich vom deutschen Reich bezahlen läßt.

In drei Zeilen.

Im englischen Unterhaus hat Schatzkanzler Snowden gestern das Budget eingebracht. Das Haus nimmt einstimmig seine Zustimmung zur Borlm ausgeteilt.

Tr. Englische Delegierte in der Reparationskommission, Sir John Bradbury, reist heute abend nach London. Die Reise steht in Verbindung mit der Zusammenkunft Macdonalds mit Theunis.

Die Pariser Verhandlungen.

Interalliierter Meinungsaustausch.

Ein Urteil der amerikanischen Gutachter.

Die Reparationskommission hat wieder eine offizielle Sitzung abgehalten. Nach Kenntnisnahme der zustimmenden japanischen und serbischen Antwort erfolgte ein allgemeiner Meinungsaustausch, über die Methode, die die Reparationskommission in ihren nächsten Verhandlungen einzuschlagen gedenkt. Die weiteren Verhandlungen wurden vertagt, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, durch einen offiziösen Meinungsaustausch an die Prüfung der deutschen Antwort vom 17. April heranzutreten, ebenso wie an die Antwortbriefe der Alliierten Regierungen.

*

Nach dem „Newyork Herald" haben die amerikanischen Mitglieder des Sachverständigenausschusses, General Dawes, Young und Robinson erklärt, daß die Zeit der Meinungsverschiedenheiten vorüber wäre, und der Augenblick zu einer gemeinsamen Aktion der verbündeten Regierungen in Europa und Deutschland nunmehr gekommen sei. Hinsichtlich der Absicht Frankreichs, im Ruhrgebiet zu verbleiben, bemerkte Young, man sehe nicht ein, warum die französischen Soldaten, wenn sie sich nicht in die wirtschaftlichen Operationen im besetzten Gebiet einmischen, mehr Schaden anrichten, als die Reichswehr(!). Dann fügte Young allerdings hinzu, Frankreich müsse seine „Soldaten" aus dem Spiele lassen. Die amerikanischen Gutachter gaben ferner dem Wunsche Ausdruck, daß Amerika bei der Verwirklichung des Sachverständigenprogramms mitwirken möge, besonders bei der Unterbringung einer deutschen Anleihe, für die ausreichende Sicherheiten vorhanden seien.

Wie in Londoner parlamentarischen Kreisen verlautet, hat Poincaré der englischen Regierung mitteilen lassen, daß er vor den Wahlen nicht in der Lage sei, eine Zusammenkunft mit Macdonald zu verabreden, daß er aber grundsätzlich bereit sei, nach den Wahlen eine Begegnung ins Auge zu fassen.

* * *

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks und das Sachverständigengutachten.

Der Vorstand des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks hat folgende Entschließung gefaßt:

„Der Vorstand des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Anerkennung des Gutachtens der internationalen Sachverständigen als einer geeigneten Grundlage für die Verhandlungen zur Lösung des Reparationsproblems unbedingt von der Voraussetzung abhängig ist, daß die politische und wirtschaftliche Oberhoheit des Deutschen Reiches innerhalb des ganzen Reichsgebietes ungeschmälert hergestellt wird, und ungeschmälert erhalten bleibt. Insbesondere muß das besetzte Gebiet von der auf ihm lastenden wirtschaftlichen und politischen Bedrückung so schnell wie möglich befreit werden. Eine Lösung des Reparationsproblems wird selbstverständlich für die deutsche Wirtschaft Lasten im Gefolge haben, die auch das Handwerk in seiner Entwicklung schwer treffen werden. Daher fordern wir die Einschaltung berufsständiger Selbstverwaltung im ausreichenden Maße, damit eine gleichmäßig der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Erwerbskreise des deutschen Volkes angemessene Verteilung der Lasten erfolgt."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240501010/fragment/page=0001

Aus dem roten Schuldbuch.

Empfehlenswertes Propagandamaterial für die Genossen.

Wie wir hören, soll die Sozialdemokratische Partei sehr verlegen sein um eine zugkräftige Wahlparole. Den Vorschlag, den man ihr durch die bürgerliche Presse nahegebracht hat, ein Schriftplakat herauszubringen, etwa des Inhalts:

„Wählt die Sozialdemokratische Partei! Warum? Weil ihr Spitzenkandidat Crispien gesagt hat: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt“,

ist von der Partei nicht befolgt worden, obwohl der Gedanke kostenlos in aller Oeffentlichkeit verabreicht worden ist . . .

Mit diesem Vorschlag war es also nichts. Vielleicht aber mit einigen anderen, die wir nachstehend der sozialdemokratischen Parteileitung unterbreiten, indem wir ihr bekannte Reminiszenzen, die sich, ebenso wie jener Crispienausspruch ins Gedächtnis zurückrufen, ganz ausgezeichnet als Schriftplakat eignen — fragt sich nur, mit welchem Effekt für die Sozialdemokratie am Wahltage.

Zunächst einmal führen wir unsere Leser zurück in die Zeit des Ersten Internationalen Sozialisten-Kongresses nach dem Kriege in Genf 1920. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte besagten Kongreß bereits in der Weise „vorbereitet“, daß er den internationalen Genossen eine Ari Denkschrift unterbreitete, die alles das brachte, was die Entente für ihre Propaganda gegen Deutschland und für Versailles brauchte! In Genf saßen die deutschen Sozialdemokraten mit dem belgischen Genossen Vandervelde, bekanntlich einer der Väter des Schandditkats, an einem Tisch; kein Wunder, daß man sich auf eine Resolution einigte, die in der Geschichte als Genfer Schuldresolution eine furchtbare Rolle bereits gespielt hat und spielen wird, solange die deutsche Sozialdemokratie sich in der Rolle des Volksverrats gefallen wird. Besagte Resolution erklärt u. a.:

„In Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Denkschrift selbst erklärt, daß die deutsche Revolution zum großen Unglück der Welt und ganz besonders des deutschen Volkes selbst um fünf Jahre zu spät ausgebrochen ist, ferner daß sie bedauert, daß sie im Kriege den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus nicht mit ausreichendem Erfolg geführt hat vor allem hinsichtlich der Leitung der auswärtigen Politik, die der Kontrolle der Volksvertretung entzogen war, erklärt der Kongreß: . . .

Die nun folgenden in drei Punkte gegliederten Erklärungen umfassen eine heftige Anklage gegen Bismarcks Politik, die wegen der Angliederung Elsaß-Lothringens, der Erschütterung des Weltfriedens bezichtigt wird, ferner eine Beschuldigung des kaiserlichen Deutschlands, im Jahre 1914 die Neutralität Belgiens verletzt zu haben und schließlich eine Verpflichtung des republikanischen Deutschlands, den hierdurch angerichteten Schaden „wiedergutzumachen“.

Hör' es, deutsches Volk! Die deutsche Sozialdemokratie **entschuldigte** sich **damals** bei den Fabrikanten des Versailler Mordvertrages, daß sie nicht rechtzeitig in Deutschland Revolution gemacht hat.

Eine zweite Auflage eines solchen „internationalen“ Kongresses erlebte man in Deutschland selbst. Das war Pfingsten 1923 in Hamburg, wo u. a. ebenfalls Vandervelde, dann der elsässische Landesverräter Grumbach, der französische Nationalist und Genosse Blum anwesend waren — dazu auch ein gewisser Viktor L. Berger, von dem nachher noch die Rede sein soll. Herr Leon Blum konnte es 4 Monate nach dem Ruhreinbruch und ohne daß ein Widerspruch bei den Deutschen gehört wurde, wagen, folgendes wörtlich zu sagen:

„Ich warne die deutschen Genossen vor dem Schlagworte eines französischen Imperialismus! So etwas existiert überhaupt nicht. Es gibt bei uns die alte militärische Tradition eines ruhmreichen Heeres, das bei uns einen nationalen Stolz auslöst, der manchmal bis zum Chauvinismus gesteigert wird. Aber einen politischen Imperialismus, der andere Völker annektieren will, kennen wir nicht... Wenn ich hier die Interessen Frankreichs vertrete, so verstößt dies nicht gegen den Internationalismus!“

Aber das ist noch nicht alles. Das, was hinter den Kulissen spielte, nämlich in der Zurückgezogenheit von Kommissionssitzungen, ist erst viel später ans Tageslicht gekommen und machte gegen Ende vorigen Jahres die Runde durch die deutsche Oeffentlichkeit. Um was es sich handelte, darüber berichtete am 5. Dezember 1923 der „Deutsche Arbeiter-Nachrichten-Dienst“, ein der Kontrolle der Partei unzugängliches sozialistisches Organ aus Amerika, folgendes:

Auf dem Hamburger Sozialisten-Kongreß legte Viktor L. Berger aus Milwaukee (Wisconsin) einen Gegenantrag vor anstelle der bereits verlesenen Resolution, die den Versailler Vertrag zwar verurteilte, aber die Belastung Deutschlands mit allen Reparationen für unanfechtbar erklärte. Demgegenüber wollte Berger die Kriegsschulden und die Reparationsverpflichtungen auf alle kriegführenden Staaten gleichmäßig verteilt wissen. Gegen diesen Vorschlag machte sowohl der belgische Vertreter Vandervelde, der seinerzeit als belgischer Regierungsvertreter den Versailler Vertrag mit unterzeichnet hatte, sowie die Franzosen die allerheftigste Opposition. Die deutschen Delegierten gaben schließlich den Ausschlag. Sie nahmen eine Stellung ein, die jedem Fernstehenden vollkommen unerklärlich erscheinen muß. Sie sprachen sich dahin aus:

„Ein solcher Bericht würde auch der deutschen Sozialdemokratischen Partei schädlich sein. Die Partei hat die Schuld am Kriege und Pflicht, Reparationen zu leisten, im Prinzip angenommen.“

Diese letzte Erklärung veranlaßte Berger, seinen Bericht zurückzuziehen — und die „deutsche“ Sozialdemokratie kann sich rühmen, wieder einmal das Vaterland verraten zu haben, um der Partei willen! Soweit die Historie. Da kaum anzunehmen ist, daß sozialdemokratischerseits jene Resolutionen für die Wahlpropaganda Verwendung finden werden, haben wir es für nötig gehalten, sie der deutschen Oeffentlichkeit in die Erinnerung zurückzurufen. Jeder Kommentar unsererseits erscheint uns dazu völlig überflüssig: Am 4. Mai werden es die Wahlen zeigen, was das deutsche Volk zu diesem roten Schuldbuch zu sagen hat!

Die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Bei den Verhandlungen über die Streitigkeiten im Bergbau wurde vom Schlichter für Rheinland und Westfalen, Reichskommissar Mehlich folgender Schiedsspruch gefällt:

Die Schichtzeit der Arbeiter unter Tage beträgt von Beginn der Seilfahrt bis zu ihrem Wiederbeginn 8 Stunden. In Arbeitspunkten mit einer Temperatur von mindestens 28 Grad Celsius beträgt die Arbeitszeit vorerst 6 Stunden und die Schichtzeit 7 Stunden. Dementsprechend leisten die Arbeiter über Tage, soweit sie unmittelbar mit der Förderung zu tun haben, 9 Stunden. Für die an den Koksöfen und in den Brikettfabriken befindlichen Arbeiter beträgt die wöchentliche reine Arbeitszeit einschließlich Sonntag 56 Stunden. Diese Regelung gilt ab 1. Juni 1924. Bis dahin bleibt es bei der bisherigen Arbeits- und Schichtzeit. In den übrigen durchgehenden Tagesbetrieben wird die reine Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich bemessen. Einschließlich Sonntagsarbeit soll die wöchentliche Arbeitszeit 65 Stunden nicht überschreiten.

Auch ein Weg zu sparen.

Gewerkschaftssekretäre als amtliche Schlichter!

Es hat viel böses Blut hervorgerufen, daß der aus den christlichen Gewerkschaften hervorgegangene Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in Berlin den sozialdemokratischen Gewerkschaftler Wissel zum Schlichter bestellt hat. In der Tat muß gefragt werden, daß eine Berufung von ehemaligen Gewerkschaftssekretären zu dem Amt eines Schlichters nur ein Mißgriff genannt werden kann.

Wenn an der Stelle des gewerkschaftsfreundlichen Reichsarbeitsministers Dr. Brauns ein Reichsarbeitsminister säße, der ebenso unternehmerfreundlich wäre, wie der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gewerkschaftsfreundlich ist, wenn dann dieser Reichsarbeitsminister einen ehemaligen Arbeitgebervbjuduks zum Amt eines Schlichters berufen würde, dann würde ohne Zweifel die gesamte Meute der Gewerkschaften über diesen Fall herfallen. Und, man müßte sogar sagen, in diesem Fall mit Recht!

Es geht einfach nicht an, zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer Personen zu bestellen, die jahre- oder jahrzehntelang im Lager der einen oder anderen Partei gestanden haben. Niemand kann seine Vergangenheit so völlig auslöschen, daß er nach jahrelanger Parteinahme nun plötzlich in der Tat den Unparteiischen abzugeben vermag. Stets werden Erinnerungen an die eigene Vergangenheit auftauchen, und stets werden diese Erinnerungen die zur Schlichtung vorliegenden Fälle im einseitigen Licht erscheinen lassen.

War also schon die Bestellung von Wissel zum Schlichter in Berlin geradezu eine Provokation der Unternehmerseite und auch aller wirklich unparteiisch Denkenden, so wird dieser Provokation nunmehr die Krone aufgesetzt. Wie die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer Nummer 16, vom 20. April meldet, ist zum hauptamtlichen Vorsitzenden des Kölner Schlichtungsausschusses ein Gewerkschaftssekretär bestellt worden. Nicht nur das Arbeitgeberblatt klagt, sondern die ganze Oeffentlichkeit in dem Bezirk des Kölner Schlichtungsausschusses hat sich gegen diese Ernennung eines Gewerkschaftssekretärs gewandt, selbstverständlich mit Ausnahme der Gewerkschaften.

Die Angelegenheit bekommt einen besonderen „Reiz“ dadurch, daß, nachdem bei früherer Vorsitzende des Schlichtungsausschusses in Köln zum Schlichter ernannt worden ist, die Tätigkeit des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses seit vielen Wochen im Nebenamt ausgeübt wurde. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß dies auch durchaus möglich ist, da mit der Stabilisierung der Geldverhältnisse die Ueberhäufung der Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen aufgehört haben.

Trotzdem also in Köln ein Bedürfnis, den Posten des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses hauptamtlich zu besetzen, gar nicht vorlag, hat das Reichsarbeitsministerium einen Gewerkschaftssekretär hauptamtlich berufen. Nicht nur, daß dem Erfordernis einer tatsächlichen Unparteilichkeit der zum Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses auszuwählenden Person keine Rechnung getragen wurde, ging man sogar noch soweit, sich gegen die erforderliche Notwendigkeit des Sparens zu stellen, nur um einen Gewerkschaftssekretär wieder hauptamtlich unterzubringen.

Die Trauerfeier für Dr. Helfferich.

Die sterblichen Ueberreste Dr. Helfferichs und seiner Mutter trafen gestern nachmittag mit dem Schnellzug in Mannheim ein und wurden sofort nach dem Friedhof überführt. Die Trauerfeier findet heute nachmittag um 4 Uhr auf dem neuen Friedhof statt. Die Reichsregierung wird voraussichtlich durch Dr. Luther vertreten sein. Ferner werden erwartet der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Hergt, Exzellenz Walkraff, von Gallwitz, der Bürgermeister von Neustadt a. d. Hardt und eine Reihe anderer Persönlichkeiten. Es ist auch mit dem Erscheinen von zahlreichen Abgeordneten zu rechnen.

Abrüstung!

Entgegen dem ursprünglichen französischen Regierungsvorschlag soll die Zahl der Offiziere bei der französischen Infanterie um weitere 65 Oberstleutnants, 212 Hauptleute und 312 Subalternoffiziere vermehrt werden. Das ergibt, daß mehr erhalten: Jedes weiße Infanterie-Regiment 1 Oberstleutnant, jedes Infanterie-Regiment 2 Hauptleute und jedes Bataillon 2 Leutnants. Zweck dieser Vermehrung ist die bessere Ausstattung der Reserveformationen im Krieg mit aktiven Offizieren. — — — Und Deutschland?

Der Haushalt der englischen Luftstreitkräfte beträgt für 1924/25; ist also um 2 500 000 Pfund gewachsen. Dazu tritt ein Hilfsfonds von 19 392 400 Pfund. Das Personal wird um 2000 Mann, von 33 000 auf 35 000, vermehrt und soll in den nächsten Jahren auf 40 000 gebracht werden. Vierzehn neue Geschwader werden aufgestellt. — — — Und Deutschland? —

Die wirklich Not leiden . . .

Unser Vaterland ist verarmt. Das kann und darf aber kein Grund sein, Verpflichtungen nicht zu respektieren, die der Kriegszeit entstammen und deren Nichterfüllung ökonomische Verelendung im Gefolge hat. Das gilt u. a. von der Versorgung der nicht zivilversorgungsberechtigten Kriegerhinterbliebenen der Offiziere des Beurlaubtenstandes. Diese Offiziere waren des festen Glaubens an gesicherte staatliche Versorgung ihrer Angehörigen in den Schlachtentod gegangen. Da ist nun leider in der betrübendsten Weise abgebaut worden. Glaubhaft wird uns versichert, daß die gesetzlich verbriefte Offizierswaisen-Versorgung nur noch auf dem Papier steht, daß Kriegerwitwen der hier in Frage kommenden Art, die zum Teil dem 60. Lebensjahr nicht mehr fernstehen, eine Monatsrente bis zu — 18 Mark erhalten und im übrigen auf Armenfürsorge angewiesen sind, daß die 58jährige Witwe eines Reservemajors vom zuständigen Kriegsfürsorgeamt aufgefordert ist, sich der regelmäßigen Kontrolle durch das Arbeitsamt zu unterwerfen, widrigenfalls Entziehung der Zusatzrente angedroht wird. Witwen müssen um kümmerlichen Verdienstes willen aus dem Hause heraus, die Sorge für die Kinder drangegeben, die natürlich sehr bald der Vernachlässigung anheimfallen! Daß da in den betroffenen Kreisen Verzweiflung um sich greift, wen kann das wundernehmen? Im übrigen sollte in der Fürsorgefrage kein Unterschied gemacht werden zwischen Angehörigen des aktiven Offizierkorps und denen des Beurlaubtenstandes. Zurzeit bestehen große Divergenzen in den Versorgungsgebührnissen. Niedergebrochen ist an dem so wertvollen Mittelstande nachgerade genug.

Fortgang der Säuberung Thüringens. Nachdem der thüringische Landtag die Aufhebung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag beschlossen hat, dürfen in diesem Jahre auch in den Schulen keine Maifeiern wieder veranstaltet werden. Eine entsprechende Verordnung, die die Abhaltung von Maifeiern in sämtlichen Schulanstalten verbietet, wird in aller Kürze erlassen.

Kein Bayern, kein Preußen,
Nur Deutschland!
Kein Rechts, kein Links, —
Nur das Vaterland!

!

Wählt
Deutsche Volkspartei!

Liste Dr. Cremer, Wünsche, Brenner
Liste Nr. 12 des amtlichen Stimmzettels

Das Glück der Ingrid Wendland.

Roman von Erich Friesen.

8. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sie — nicht? Sie scherzen wohl?“

„Ich scherze nie,“ erwiderte er, und es klang etwas wie Erbitterung in seiner Stimme nach. „Auch mir war die Liebe — die wirkliche, große, alles umfassende Liebe bisher fremd geblieben. Bis — — doch das ist ja alles Unsinn!“ unterbrach er sich finster. „Ich bin eben ein Pechvogel! Die wahren, edellen Güter des Lebens sind ungleich verteilt. Meinen Weg werden sie wohl nie kreuzen.“

Betroffen von der Bitterkeit in seinem Ton erwiderte sie mit sanftem Vorwurf:

„Wozu solch Pessimismus? Ist die Welt nicht schön? Und besonders unser herrliches Schweizerland?“

Er antwortete nicht gleich; ihm war zu schwer etwas Herz.

„Gewiß,“ gab er dann widerstrebend zu. „Trotzdem — es ist mir nicht gegeben, die Welt stets vom Standpunkt des Heiluchhei anzusehen. Beneidenswert die Menschen, die überall Lerchen trillieren hören. Für viele andere gibt nur Unkenschrei und Froschgequake,“ fügte er mit halber Ironie hinzu.

Sie hatte sich ihm zugewendet und sah ihn betrübt an.

„Ich meinesteils höre lieber Lerchen trillieren,“ sagte sie in ernster Abwehr. „Ich erwarte viel vom Leben: Sonnenschein, Herzensglück, innere Zufriedenheit.“

Er blickte sie an mit Augen, so innig, so tief, so voll Leidenschaft, daß ihr Herz erbebte.

„Möge ein gütiges Geschick Ihnen Ihren Seelenfrieden erhalten und Ihre Herzenswünsche erfüllen, Fräulein Ingrid!“

Und sie fühlte einen heißen Kuß auf ihrer Hand.

Es war das erstemal, daß er sie „Ingrid“ bei Vornamen nannte. Beklommen trat sie ein Schritt zurück.

Er merkte ihre tiefe Erregung und zum ihrer mädchenhaften Befangenheit ritterlich zur Hilfe. „Wie reizend Ihre Schwester ist,“ suchte er abzulenken, mit einem Blick auf Bärbeli, die in einiger Entfernung von ihnen, munter wie ein Rehchen, von Stein zu Stein hüpfte. „Die Wendlandschen Kinder scheinen ein Monopol auf die Schönheit zu haben!“

Trotz ihrer seelischen Erregung mußte sie lächeln.

„Und Adrian? Finden Sie ihn auch schön?“

Das Bild des jungen Wendland stieg vor Hilmars geistigem Auge auf, mit seiner hageren, etwas verwachsenen Figur, seinem eckigen schmalen Gesicht, der starken Nase, dem vorstehenden breiten Kinn und den tiefliegenden Augen. Nein, Adrian Wendland war nicht schön zu nennen.

„Er sieht klug aus,“ erwiderte er nachdenklich. „Klug und energisch. Was der sich einmal vornimmt, führt er auch zum Ziel — mag's biegen oder brechen!“

Ein leiser Seufzer entrang sich Ingrids Brust, während eine Wolke über ihre klare Stirn huschte.

„Ach ja — so ist es!“

„Hat er sich schon zu einem Beruf entschlossen?“

„Er will die diplomatische Karriere ergreifen. Mein Vater wünschte es. Und Adrian hält den ausgewungenen Beruf.“ Sie blieb stehen und richtete ernst fragend die Augen auf ihren Begleiter. „Halten Sie es für richtig, Herr Doktor, einen jungen Menschen einen Beruf aufzuzwingen?“

„Nein,“ erwiderte er lebhaft. „Jedermann soll für sich selbst entscheiden. In meinen Augen ist es ein Verbrechen, eine junge Menschenseele in ein bestimmtes Joch zu spannen, in dem sie sich nicht entfalten kann!“

Ingrids glänzende Augen hingen an seinen Lippen.

„O, wie recht haben Sie! Wenn doch mein Vater auch so dächte! Ich empfinde wie Sie. Es tut mir immer in der Seele weh, wenn ich meinen Bruder mit so verdüstertem Gesicht herumlaufen sehe!“

Dr. Holger schwieg. Das Vertrauen, welches das geliebte Mädchen ihm schenkte, machte ihn unsäglich glücklich. Er fühlte es klar: nicht eine ich aufzuckende, bald wieder verrauchende Leidenschaft war es, die ihn zu Ingrid Wendland hinzog — nein, innige Liebe, reinste Seelenharmonie. Ihm war, als wäre er erst jetzt zum wahren Leben erwacht, als hätte er bisher in einer anderen Welt ziellos dahingedämmert und unbewußt nach seinem besseren Ich gesucht, das er jetzt endlich, endlich gefunden — —

Er blickte Ingrid an.

Und auch sie hob die Lider.

Einige Sekunden tauchten die Blicke beider ineinander — tief, schrankenlos, als wollte jedes in der Seele des anderen lesen — —

Ein feines Rot stieg in ihre Wangen, indes er blaß wurde vor Erregung.

Hatten beide in diesem Moment seligsten Selbstvergessens das Bewußtsein, daß sie zueinander gehörten? Fest, unlöslich bis zum Tode?

Helles lustiges Lachen riß sie aus ihrer Versunkenheit.

„Hollah, Ingrid! Hierher! Es ist gar nicht schwer, herauszukommen! Sagt der Professor ist nicht runtergefallen. Kommt nur!“

Von einer Anhöhe rief es Bärbeli, deren weißes Kleid lustig im Winde flatterte.

Der Bann war gebrochen. Ingrid eilte zu ihrer Schwester.

Langsamer folgte Dr. Holger. Mit Mühe hatte er sich beherrscht. Er hätte ihr zu Füßen fallen, ihre Knie umfassen und sie anflehen mögen: „Hebe mich empor zu deiner reinen Höhe, du hehre Lichtgestalt! Und halte mich fest, ganz fest, damit ich nicht wieder herabsinke in die Niederungen irdischer Qualen!“ Aber hätte er es gedurft? War er nicht alt und unwürdig, diesem reinsten, unberührten Mädchen gegenüber? Nicht alt an Jahren, aber an Erfahrung, an Erinnerung! Wie hätte er es wagen dürfen, sie, die hehre Lichtgestalt! Und halte mich fest, ganz fest, damit ich nicht wieder herabsinke in die Niederungen irdischer Qualen!“ Aber hätte er es gedurft? War er nicht alt und unwürdig, diesem reinsten, unberührten Mädchen gegenüber? Nicht alt an Jahren, aber an Erfahrung, an Erinnerung! Wie hätte er es wagen dürfen, sie, die kaum dem Sonnenlicht erschlossene Mädchenblüte zu pflücken und an sein Dasein zu ketten, — ein Dasein, welches nicht frei von Schuld war?

So, im Zwiespalt mit sich selbst, klomm er den Steinpfad hinan, zur Anhöhe, wo die Schwestern und Sinaplus auf ihn warteten.

„O wie schön! Wie schön!“ jubelte oben Bärbeli und flatterte begeistert in die Hände. „Wenden Sie doch nicht der Landschaft immer den Rücken zu, Herr Professor! Sehen Sie dort —“

Der junge Gelehrte drehte sich gehorsam herum. Aus Geratewohl folgte sein Blick dem ausgestreckten Zeigefinger des Jungmädels. Doch erkannte er nichts. Sein Kneifer war ihm bei der ungewohnten Kletterei von der Nase gefallen, und vergebens bemühte er sich, seiner habhaft zu werden.

„Da hänget er — auf Ihrer linken Schulter!“ neckte Bärbeli. „Nein, nicht auf der rechten! Auf der linken! Sehen Sie — hier!“

Hastig griff er danach und plazierte den für ihn so wichtigen Gegenstand an der richtigen Stelle.

Dann inspizierte er die bewunderte Gegend . . .

Heute erschien sie ihm ganz anders wie sonst, — noch einmal so schön.

Oft schon war er hier oben gewesen. Doch immer hatte er nur alterfand Käferzeug gesehen und Ameisengewimmel und Regenwürmer. Höchstens mal zur Abwechslung eine weidende Kuh. Und heute? Heute sah er saftige Matten, einen sanft bewegten Wasserspiegel, dahinter kühngeformte Felsgrate und Schlünde und eine Masse malerischer Firnen und Schneefelder und Gletscher! Und über all dieser Herrlichkeit einen weiten blaßblauen Himmel gespannt, von dem die Sonne fröhlich herabblachte.

Wirklich merkwürdig! . . .

Gemeinsam traten nun die vier den Rückweg an — Bärbeli, ein lustiges Lied auf den Lippen, leicht wie eine Gazelle, vorneweg. Von Zeit zu Zeit warf sie einen Blick rückwärts, nach dem Professor, der in tausend Aengsten auf dem schlüpfrigen steinigen Weg herumkletterte. Alle paar Minuten fiel ihm der Kneifer von der Nase, und hilflos wie ein Kind holanzierte er dann auf einem Steinblock. Bis Bärbeli lachend herbeieilte und ihm großmütig das Händchen zum Herabsteigen reichte.

Obgleich der Schweiß dem armen Professor in dicken Tropfen auf der Stirn stand, obgleich er seufzte und ächzte und stöhnte bei dem anstrengenden Weg, so folgte er doch all ihren kleinen Extravagangen. Ja, als sie in kindlichem Uebermut einen tiefen Riß vor ihm machte und davonlaufend, kichernd rief:

„Haschen Sie mich! Husch! Husch!“ — da rannte er wirklich, so schnell es seine langen unbeholfenen Beine vermochten, hinter der fliehenden weißen Gestalt her, deren vom Springen gelöste Locken lustig mit den Seidenbändern um die Wette flatterten.

Langsamer, bedächtiger folgte das zweite Paar. Sie sprachen wenig. Sie fühlten nur. Jedes empfand die Nähe des anderen als ein beseligendes Glück.

Plötzlich war die weiße, dahinhuschende Figur vor ihnen verschwunden. Und mit ihr die Hünengestalt des Professors.

Dr. Hilmar Holger und Ingrid Wendland waren allein in der Einsamkeit des Waldwegs.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240501010/fragment/page=0002